



Von der Antisemitismuskritik zum Anti-Israelismus

Wolfgang Kraushaar

Zitation: Kraushaar, Wolfgang (2020): *Von der Antisemitismuskritik zum Anti-Israelismus*, in: *Kritiknetz - Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft*

© 2020 bei www.kritiknetz.de, Hrsg. Heinz Gess, ISSN 1866-4105

Wollte man eine zeithistorische Klammer öffnen, dann könnte die Relevanz des Themas Antisemitismus für die Neuen Linke kaum unterschiedlicher ausfallen. Was noch bis zum Beginn der sechziger Jahre durch alle Fraktionen hindurch als ein zentrales Anliegen gegolten hatte, das dümpelte an deren Ende in weitgehender Bedeutungslosigkeit dahin. Vollzogen hatte sich zumindest ein radikaler Kursverfall. Vielleicht aber auch mehr als das, vielleicht sogar eine Kehrtwendung um 180 Grad, also ein Umschlagen ins glatte Gegenteil.

1 Die Vorreiterfunktion des SDS in den fünfziger Jahren

Um sich einen Eindruck davon zu verschaffen, wo die Anfänge einer öffentlichen Kritik des Antisemitismus lagen, ist es nötig bis in die fünfziger Jahre zurückzugehen. Zu Beginn der Ära Adenauer existierte in dieser Hinsicht ja noch ein regelrechtes Vakuum. In seiner ersten Regierungserklärung war der Bundeskanzler mit keinem einzigen Wort auf Auschwitz und den Antisemitismus eingegangen. Dabei hätte es dafür auch aktuelle Anlässe gegeben, nicht allein wegen der fortwährenden Schändung jüdischer Gräber sowie den Beschimpfungen und Misshandlungen jüdischer Überlebender, sondern vor allem wegen der Präsenz neonazistischer Organisationen wie etwa der *Sozialistischen Reichspartei* (SRP) und der von Antisemiten im Bundestag wie etwa dem Abgeordneten Franz Richter, bei dem sich bald herausstellte, dass es sich in Wirklichkeit um den ehemaligen NSDAP-Gauhauptstellenleiter Fritz Rößler handelte.

In dieses vor dem 1952 mit Israel abgeschlossenen Wiedergutmachungsabkommen existierenden Vakuum stießen vor allem linke Demonstranten, unter denen der 1946 gegründete *Sozialistische Deutsche Studentenbund* (SDS) gewissermaßen eine pro-israelische Vorreiterrolle einnahm. So ist es bereits zu Beginn der fünfziger Jahre zu einer übergreifenden Protestwelle gegen den "Jud Süß"-Regisseur Veit Harlan gekommen. Im Nachhinein kann man von einer regelrechten Anti-Harlan-Bewegung sprechen. Es gab Störaktionen, Demonstrationen und Kundgebungen. Insgesamt sind es zwischen 60 und 70 Einzelaktionen gewesen, die sich auf das gesamte Bundesgebiet und West-Berlin erstreckten und dann auch auf Österreich und die Schweiz übergriffen. Obwohl sich daran zahlreiche Organisationen beteiligten, so ist diese Bewegung im Kern jedoch bereits eine Studentenbewegung gewesen. Zentren der Protestaktionen gegen den antisemitischen Filmregisseur waren eindeutig Universitätsstädte wie Freiburg und Göttingen, aber auch Frankfurt. Der Kampf gegen Veit Harlan war zugleich ein Kristallisationsrahmen für die Initiative "Friede mit Israel", die Propagierung von Wiedergutmachungsaktivitäten und Bestrebungen zur Anerkennung des Staates Israel.

Was dann am Jahresende 1959 die Bundesrepublik aufschreckte und die internationale Öffentlichkeit beunruhigte, zeichnete sich bereits zum Jahresbeginn ab. Im Januar 1959 waren auf dem jüdischen Friedhof in Freiburg Grab- und Gedenksteine mit Hakenkreuzen und NS-Parolen beschmiert worden. Der Generalbundesanwalt hatte umgehend eine Belohnung in Höhe von 1.000 DM für Hinweise ausgesetzt, die zur Ergreifung der Täter führten. In einem BBC-Interview wehrte sich Bundeskanzler Konrad Adenauer kurz darauf dagegen, dass dem Antisemitismus im Ausland eine so große Bedeutung für die Bewertung der politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik beigemessen werde. Der Antisemitismus sei 1945 zusammen mit dem Nationalsozialismus untergegangen. Nun versuchten Kommunisten den Eindruck zu erwecken, dass beide in Deutschland noch lebendig seien.

Doch es sollte noch schlimmer kommen. Unbekannte Täter hatten am 17. Januar 1959 in Düsseldorf nachts die neue Synagoge geschändet und die Gedenktafel für die alte, von den Nazis niedergebrannte Synagoge beschmiert. Die Kriminalpolizei, die sofort die Ermittlungen aufnahm, teilte mit, dass es keine gesicherten Anhaltspunkte für die Herkunft der Täter gebe; zugleich äußerte sie jedoch die Vermutung, dass es sich bei ihnen um "Personen aus kommunistischen Kreisen" handeln könne, die mit ihrer Tat den Eindruck erwecken wollten, in der Bundesrepublik trieben rechtsradikale Kreise ihr antisemitisches Unwesen.

Fünf Tage später wurde der passende Mann dazu als Tatverdächtiger präsentiert – ein 25-jähriger Schreiner Geselle. Er war Funktionär in der *IG Holz* und zuvor Mitglied in der seit 1956 verbotenen KPD. Am Nachmittag desselben Tages wurde allerdings auch ein 24-jähriges Mitglied der *Deutschen Reichspartei* (DRP) in einer Stehbierhalle des Düsseldorfer Hauptbahnhofs festgenommen. Der Mann bezichtigte sich sogar selbst, an der Synagogenschändung beteiligt gewesen zu sein.

In einer Debatte über diesen und andere antisemitische Vorfälle erklärte Innenminister Josef Hermann Dufhues (CDU) kurz darauf im nordrhein-westfälischen Landtag, dass man bei bis dahin 16 strafbaren Fällen keinen organisierten Zusammenhang habe feststellen können. Lediglich im Fall der Synagogenschändung zeichne sich ein politischer Hintergrund ab. Es könne sein, dass "gewisse Kreise an einer Schädigung des deutschen Ansehens im Ausland" Interesse hätten. Dufhues führte dazu die Verhaftung des "dringend der Tat verdächtigen ehemaligen Angehörigen der KPD" an, die Festnahme des DRP-Mitglieds erwähnte er jedoch mit keinem einzigen Wort.

Gegen die Hinterlegung einer Kautions in Höhe von 2.000 DM wurde der beschuldigte Schreinergehilfe am 31. Mai in Düsseldorf wieder auf freien Fuß gesetzt. Auf einer Pressekonferenz wenige Tage später berichtete er, dass er aus Protest gegen die Ablehnung seiner Haftbeschwerden in einen neuntägigen Hungerstreik getreten sei. Die Öffentlichkeit war davon mit keinem Wort informiert worden. Zugleich beklagte er sich über Vorverurteilungen in der Presse. In verschiedenen Zeitungen sei von ihm in Schlagzeilen vom "Synagogenschänder" geschrieben worden, weil er zugleich verdächtigt werde, sich auch weiterhin für die KPD einzusetzen. Offenbar versuche man, schlussfolgerten einige Journalisten, die antisemitische Aktion einem Kommunisten in die Schuhe zu schieben. Auf seiner Jahressitzung wandte sich schließlich der Zentralrat der Juden in Deutschland ausdrücklich gegen derartige Schuldzuweisungen. Dessen Generalsekretär Hendrik G. van Dam erklärte, dass es wenig überzeugend sei, die antisemitischen Schmieraktionen als das Werk östlicher Provokateure hinzustellen.

Im Oktober erhielt der Beschuldigte und in Teilen der Öffentlichkeit bereits Vorverurteilte schließlich von der Staatsanwaltschaft den Bescheid, dass das gegen ihn wegen Synagogenschändung eröffnete Verfahren eingestellt worden sei. Die *Neue-Ruhr-Zeitung* kommentierte den Fall mit den Worten: "So kann es Leuten ergehen, die der Verfassungsschutz auf dem Kieker hat: Es braucht nur jemand zu husten und schon sitzt er hinter Schloss und Riegel ... So ist es auch dem ehemaligen Jungkommunisten ... ergangen. Die Polizei hatte ihn schon lange auf der Liste und verdächtigte ihn, die Düsseldorfer Synagoge beschmiert zu haben. Der Verdacht reichte aus, ihn als Täter hinzustellen."¹ Im Fall des angeblichen "Synagogenschänders" waren wie in einem Nukleus beinahe alle Elemente enthalten, die wenig später in Köln und von Köln aus für Schlagzeilen sorgen sollten.

2 Die antisemitische Welle von 1959/60

Am Heiligabend 1959 wurden das am Hansaring gelegene Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus und der erst kürzlich im Beisein von Bundeskanzler Adenauer eingeweihten Synagogenneubau mit antisemitischen Parolen beschmiert. In großen Lettern war auf den Außenmauern des Gebäudes mit weißer Ölfarbe zu lesen: "Juden raus" und "Deutsche fordern: Juden raus". Und am Eingang zur Synagoge und an der Innenseite eines Toreingangs waren außerdem Hakenkreuze angebracht worden. Eine Sonderkommission der Polizei nahm sofort nach Bekanntwerden der Schändung die Ermittlungen auf. Für die Ergreifung der Täter setzten die Stadt Köln und Innenminister Dufhues Belohnungen in Höhe von 5.000 und 10.000 DM aus.

Im Laufe von nur zwölf Stunden wurden zwei Mitglieder der *Deutschen Reichspartei* (DRP), die beiden 25-jährigen Paul Josef Schönen und Arnold Strunk, als mutmaßliche Täter festgenommen. In ihren Wohnungen wurde auch umfangreiche Nazi-Literatur gefunden. Ein anonymes Anruf und ein Hinweis des DRP-Kreisverbandsvorsitzenden Ernst Custodis hatte die Polizei auf ihre Spur geführt. Während Strunk ein umfassendes Geständnis ablegte und seinen Freund als Mittäter bezeichnete, stritt Schönen, dessen Vater eine Druckerei besaß, in der auch Schriften für die *Jüdische Gemeinde* hergestellt werden, alles ab. Strunk bestritt allerdings, Antisemit zu sein und die NS-Verbrechen der Nazis zu billigen. Er habe, erklärte er in seiner Vernehmung, lediglich dagegen pro-

¹ Neue Ruhr-Zeitung vom 18. November 1959.

testieren wollen, "dass Juden in führende Stellungen der Bundesrepublik eindringen". Als die beiden am zweiten Weihnachtstag nach einem Haftprüfungstermin das Gerichtsgebäude verließen, streckte Schönen Pressefotografen demonstrativ seinen rechten Arm zum "Hitlergruß" aus.

Was danach folgte, war beispiellos. Als hätte jemand ein unsichtbares Ventil geöffnet, strömten die so oft an die Wand gemalten "Ungeister der Vergangenheit" ans Tageslicht. Danach verging über Wochen hinweg kein Tag, an dem nicht irgendwo zwischen Flensburg und Oberstdorf Hakenkreuzschmierereien entdeckt und Parolen wie "Deutschland erwache!", "Es lebe Hitler-Deutschland" und "Das Hitler-Reich kommt bald wieder", "Nieder mit den Juden!", "Juden raus!" und "Ab in die Gaskammern!" zu lesen gewesen wären.

Am 6. Februar verurteilte das Landgericht Köln die beiden Angeklagten Arnold Strunk und Paul Josef Schönen wegen der Beschmierung der Synagoge mit Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen zu Gefängnisstrafen von vier bzw. zehn Monaten. Obwohl die beiden Angeklagten zum Zeitpunkt des Anschlags noch Mitglieder der *Deutschen Reichspartei* (DRP) waren, hatte es der Vorsitzende Landgerichtsdirektor verabsäumt, über die individuelle Tat hinausgehenden politischen Zusammenhängen nachzugehen.

Am 18. Februar debattierte schließlich der Bundestag noch einmal über die antisemitischen und neonazistischen Vorfälle. Anlass für die parlamentarische Auseinandersetzung war das ein Tag zuvor von der Bundesregierung veröffentlichte Weißbuch, in dem die "Ausschreitungen" zwischen dem 15. Dezember 1959 und dem 28. Januar 1960 untersucht worden waren. Innerhalb dieses Zeitraums, so war in der Publikation zu lesen, seien 685 Vorfälle registriert worden, 215 davon müssten als Kinderkritzereien gewertet werden. Von den 470 übrigen Fällen habe man bei 234 die Urheber ermitteln können. Die genauere Untersuchung ergebe, dass nur 73 von ihnen aus politischen Motiven gehandelt hätten, 113 der Untaten müssten hingegen als "unpolitische Rowdy- und Rauschtaten" bezeichnet werden. Unter den politisch motivierten Tätern sei eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern der *Deutschen Reichspartei* (DRP), aber auch "kommunistisch eingestellte oder gesteuerte Elemente" festgestellt worden.

3 Aufklärungsversuche durch die akademische Linke

Der Schock, den die antisemitische Welle in bestimmten Teilen der Gesellschaft gleichwohl auslöste, führte insbesondere unter Studierenden zu einer ganzen Reihe von Aktivitäten. So veranstalteten im Februar 1960 der SDS, die *Deutsch-Israelische Studiengruppe* (DIS), die *Studentengruppe gegen Atomrüstung* und der *Argument-Club* unter dem Titel "Überwindung des Antisemitismus" in West-Berlin ein politisches Seminar.² Erklärtes Ziel der im Casino des Rathauses Kreuzberg von Bürgermeister Willy Kressmann eröffneten Veranstaltung war es, "... von der Verurteilung der Symptome zu einer Analyse der Ursachen vorzudringen und dabei nach dem Zusammenhang der antisemitischen Erscheinungen mit dem gesamten Zustand des politischen und gesellschaftlichen Bewusstseins zu fragen, um konkrete Ansatzpunkte für die Überwindung des Antisemitismus zu

² Die Überwindung des Antisemitismus mit Beiträgen von Dietrich Goldschmidt, Hanno Kremer und Gerhard Schönberner, in: *Das Argument*, 2. Jg., Mai/Juni 1960, Heft 16. Im Anhang des Heftes sind auch die Presseverlautbarung und die Beschlüsse der Tagung "Überwindung des Antisemitismus" abgedruckt.

gewinnen.“ Der RIAS-Redakteur Hanno Kremer, der neben Dietrich Goldschmidt und Gerhard Schönberner den wichtigsten Beitrag verfasste, wollte darin einen “Blick in die Seelenalchimie der Antisemiten” werfen und untersuchte deshalb die “Psychologie des Antisemitismus”. Für ihn war klar, dass es eine Art kausaler Erklärung für Auschwitz nicht geben könne. “Eine Wissenschaft,” schrieb er, “die hier Erklärungen suchen wollte, würde sich selbst ad absurdum führen. Man kann einzelne Elemente jenes Geschehens, das der Name Auschwitz meint, auseinandernehmen, analysieren und wieder zusammensetzen, und doch bleibt das Ganze unerklärbar, unfassbar, unzerlegbar wie ein erratischer Block, qualitativ mehr und anders als die Summe seiner Elemente.”³ Es könne weder eine angemessene historische noch eine soziologische oder psychologische Interpretation für Auschwitz geben. Es gebe kein Verstehen. “Fassungslosigkeit ist und bleibt die einzig angemessene Reaktion, auch der Wissenschaft.”⁴ Das war ein mutiges Wort. In mehreren Universitätsstädten entstanden nun Arbeitsgruppen, in denen Material über das Fortwirken der NS-Vergangenheit gesammelt und ausgewertet wurde.

Im Oktober 1960 begann etwa am Philosophischen Seminar der Freien Universität eine Übung zum Thema “Antisemitismus und Gesellschaft”, die von Margherita von Brentano und Peter Furth geleitet wurde, der sich als Mitautor einer Monographie über die rechtsradikale SRP einen Namen gemacht hatte.⁵ Aus dieser Veranstaltung gingen nicht nur verschiedene Untersuchungen über die Geschichte des Antisemitismus in Deutschland hervor, sondern auch mehrere Wortführer des SDS wie etwa Wolfgang Lefèvre, Jürgen Werth und der spätere Bundesvorsitzende Reimut Reiche. Diese waren insbesondere durch die Forschungsarbeit des Frankfurter Instituts für Sozialforschung geprägt, das im Mai 1961 unter dem Titel “Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/1960” eine eigene, von Peter Schönbach verfasste Monographie herausgeben sollte.

Ein besonderer Indikator für den Stellenwert des Themas Antisemitismus waren linke Zeitschriften. Im März 1960 erschien die erste Ausgabe der Zeitschrift *neue kritik*, die mit ihrem Titel an die Aufklärung und Kants berühmte drei Kritiken anknüpfen wollte. Den Hauptbeitrag im theoretischen Organ des SDS hatte das Frankfurter SDS-Mitglied Oskar Negt verfasst. Unter der Überschrift “Die Zerstörung der deutschen Universität” analysierte er die fatale Rolle von rechtsradikalen Studenten, insbesondere Korporierten, bei der Zerstörung der Weimarer Republik und der Etablierung des NS-Regimes. Dabei ging es ihm in zentraler Weise – was gewiss auch eine Reaktion auf die antisemitische Welle war – um die Funktion des Antisemitismus. Bemerkenswert war, dass Negt der Annahme eines “genuinen Antisemitismus” widersprach und betonte, dass der Antisemitismus von ganz unterschiedlichen sozialen Gruppen und Schichten wahrgenommen werden könne, von Protestanten wie Katholiken, von Sozialisten wie Kommunisten. Er nahm also die Linke keineswegs von der Anfälligkeit aus, eine Minderheit zu diskriminieren, um die kollektiven Hassgefühle einer vermeintlichen “Volksgemeinschaft” auf einen imaginären Gegner zu kanalisieren. Derartige Erkenntnisse wären gewiss nicht möglich gewesen ohne empirische Forschungen wie das sogenannte “Gruppenexperiment”, in dem Adorno und das Frankfurter Institut für Sozialforschung das Nachkriegsbewusstsein der Deutschen untersucht hatten.⁶

³ Hanno Kremer, Zur Psychologie des Antisemitismus, in: Das Argument, 2. Jg., Mai/Juni 1960, Heft 16, S. 9.

⁴ Ebenda, S. 10.

⁵ Vgl. Otto Büsch/Peter Furth, Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland – Studien über die “Sozialistische Reichspartei”, West-Berlin/Frankfurt 1957.

⁶ Institut für Sozialforschung (Hg.), Gruppenexperiment - Ein Studienbericht, Frankfurt/Main 1955.

Noch deutlicher wurde der Einschnitt, den das "Menetekel von Köln" und – wie es Gerhard Schönbanner einmal genannt hat – die nachfolgende "antisemitische Springflut" spielte, jedoch in der Zeitschrift *Das Argument*, deren Gründung ein Resultat der gescheiterten Massenbewegung gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr war. Die meisten Themenhefte in seiner Geschichte – insgesamt sieben – standen unter dem Titel "Faschismus-Theorien". Die Reihe begann im Mai 1964 mit dem Abdruck von Walter Benjamins Aufsatz "Theorien des deutschen Faschismus"⁷ und endete im November 1974 mit dem Text "Faschismus-Theorie in antifaschistischer Perspektive" von Wolfgang Fritz Haug.⁸ In diesen zehn Jahren hatte sich in der Grundorientierung der Zeitschrift, die in jener Zeit zweifelsohne das bedeutendste theoretische Organ der Linken links von der SPD war, ein Wechsel vollzogen – von Autoren der Kritischen Theorie bzw. der Frankfurter Schule zu solchen der Marburger Schule.

Auffällig ist, dass in den zahllosen Beiträgen zum Faschismusthema die Begriffe Nationalsozialismus und Faschismus weitgehend synonym behandelt wurden und es so gut wie keine eigenständige Reflexion über die Stichhaltigkeit der Terminologie gab. Der Gefahr, dass hier trotz aller historischer und soziologischer Differenziertheit zugleich auch eine kategoriale Entspezifizierung der NS-Herrschaft vollzogen wurde, ist jedenfalls nicht vorgebaut, ganz im Gegenteil, eher Vorschub geleistet worden. Der italienische Faschismus war zwar gewalttätig, kriegslüstern und gewiss auch antisemitisch, er kam jedoch ohne ein Massenvernichtungsprogramm aus, für das der Name Auschwitz zum Synonym wurde.⁹ Indem der Nationalsozialismus kategorial dem Faschismus begrifflich untergeordnet worden ist, ließ sich sein bedrohliches Potential in gewisser Weise entschärfen. Der eliminatorische Antisemitismus und die Judenvernichtung insgesamt standen nun jedenfalls nicht mehr im Focus des Erkenntnisinteresses.

Daran änderte auch nichts, dass im Mai 1964 an prominenter Stelle ein Vortrag Adornos "Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute" abgedruckt wurde.¹⁰ Denn Adorno, dessen gesellschaftsanalytisches Potential auch heute zuweilen noch bestechend wirkt,¹¹ hielt es ebenfalls nicht für nötig, zwischen Faschismus und Nationalsozialismus näher zu unterscheiden. Und bei Margherita von Brentano, die wie selbstverständlich von einem "faschistischen Antisemitismus" meinte sprechen zu können,¹² lässt sich eine durchaus ähnliche kategoriale Leichtfertigkeit nachweisen. Dies ist umso überraschender, als sie nicht nur so genau zwischen einem Antisemitismus in der bürgerlichen Ära

⁷ Walter Benjamin, Theorien des deutschen Faschismus, in: *Das Argument*, 6. Jg., Oktober 1964, S.129-137.

⁸ Wolfgang Fritz Haug, Faschismus-Theorie in antifaschistischer Perspektive, in: *Das Argument*, 16. Jg., November 1974, Heft 87, S. 537-542. Vgl. auch im selben Heft: Reinhard Opitz, Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, ebenda, S. 543-603; Friedrich Tomberg, Konservative Wegbereitung des Faschismus, ebenda, S. 604-633; Wolfgang Abendroth, Zur Rolle des Antikommunismus heute, ebenda, S. 634-645.

⁹ Richard J.B. Bosworth, *The Italian dictatorship. Problems and perspectives in the interpretation of Mussolini and Fascism*, London 1998. Vgl. Außerdem: Imke Hansen, "Nie wieder Auschwitz!" Die Entstehung eines Symbols und der Alltag einer Gedenkstätte 1945-1955, Göttingen 2015.

¹⁰ Theodor W. Adorno, Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute, in: *Das Argument*, 6. Jg., Mai 1964, Heft 29, S. 88-104.

¹¹ Diese Bemerkung bezieht sich allerdings nicht auf Adornos 1967 für einen Vortrag festgehaltenen Notizen und ein halbes Jahrhundert später aus dem Nachlass publizierten Text "Aspekte des neuen Rechtsradikalismus" (Berlin 2019). Die darin enthaltenen Gedanken bezogen sich auf den damals in mehrere Landtage vordringenden Rechtsradikalismus der NPD und können nicht umstandslos zur Analyse des Rechtspopulismus der AfD zur Geltung gebracht werden. Angesichts der Vorbehalte, die Adorno gegenüber dem gesprochenen Wort hegte, wäre es nur schwer vorstellbar, dass er seine zum Teil inkohärenten Notizen für eine Publikation freigegeben hätte.

¹² Margherita von Brentano, Zur Analyse des faschistischen Antisemitismus, in: *Diskussion*, H. 14-17 (1964-1965), abgedruckt in: dies., *Akademische Schriften*, hrsg von Peter McLaughlin, Göttingen 2010, S. 165-218.

und einem im NS-Staat zu unterscheiden wusste, sondern auch die Notwendigkeit einer methodischen Selbstreflexion für jegliche Analyse der NS-Herrschaft betont hat.

Zur selben Zeit hatte in Frankfurt der Auschwitz-Prozess begonnen. Der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer hatte nichts unversucht gelassen, zumindest einen Teil des in den Vernichtungsprozess einbezogenen Personals vor Gericht stellen und aburteilen zu lassen. Das Echo in der Presse und in den Massenmedien war – anders als noch in den fünfziger Jahren – außerordentlich stark. Kein Verhandlungstag verging, ohne dass darüber ausführlich berichtet wurde. Doch SDS und Neue Linke schien das alles nicht mehr sonderlich zu interessieren. Lediglich die Frankfurter Studentenzeitschrift *Diskus* – wenn man einmal davon absieht, dass das neu auf den Markt gekommene *Kursbuch* in seiner ersten Ausgabe ein Auschwitz-Dossier veröffentlichte – machte eine Ausnahme.¹³ Im Vordergrund stand statt dessen die Notstandsgesetzgebung und die vermeintliche Gefahr, dass mit ihrer Verabschiedung ein "neues 33", die erneute Etablierung einer Diktatur, drohen könne.¹⁴

4 Der Sechstagekrieg, Marcuse und die Echolosigkeit

Die Aufmerksamkeit der in der Bundesrepublik aktiven Gruppierungen der Neuen Linken für den am 5. Juni 1967 im Nahen Osten ausgebrochenen Krieg war nur in eingeschränkter Form vorhanden. Die eigene Wahrnehmung war statt dessen auf ein Ereignis fixiert, das sich drei Tage vor Ausbruch des Sechstagekrieges in West-Berlin abgespielt hatte und später einmal den Rang einer regelrechten historischen Zäsur einnehmen sollte. Am Rande einer Demonstration gegen den Schah von Persien, einem mit diktatorischen Vollmachten herrschenden Potentaten, war am 2. Juni 1967 ein gewaltfreier Demonstrant, der Student Benno Ohnesorg, aus nächster Nähe von einem Polizisten in Zivil, einem sogenannten Greifer, von hinten erschossen worden. Während zuvor verschiedene andere Konflikte noch im Rahmen der Universität mehr oder weniger versandet waren, entzündete sich in der Studentenschaft durch den Tod eines Kommilitonen nicht nur ein Funke, sondern er sprang auch umgehend auf so gut wie alle westdeutschen Universitäten über. Innerhalb nur weniger Tage wurde eine bundesdeutsche Hochschule nach der anderen von Solidarisierungsakten ergriffen, die zunächst eine studentische Bewegung erzeugten, die schließlich in eine außerparlamentarische Opposition, die sogenannte APO, münden sollte.

Trotz dieser Fokussierung auf ein solches Zentralereignis spielte der unmittelbar bevorstehende Krieg im Nahen Osten eine Rolle, obgleich nur eine sekundäre. Warum das so war, hat mit Detlev Claussen ein Soziologe, der damals Mitglied im Frankfurter SDS war, im Nachhinein anschaulich beschrieben: "Vor der Paulskirche haben wir eine Lautsprecheranlage aufgebaut; ein Teil von uns SDSlern will abends noch nach Berlin. Bis der Demonstrationzug ankommt, habe ich Gelegenheit, mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden meiner Organisation zu reden. Sein Buch über Vietnam wies ihn als Kenner internationaler politischer Zusammenhänge aus. Also frage ich ihn: 'Wie sieht das mit Israel aus? Die Araber wollen die ins Meer werfen. Müssen wir nicht noch einmal diese

¹³ Manfred Müller, Zum Auschwitz-Prozeß, in: *Diskus - Frankfurter Studentenzeitschrift*, 12. Jg., Nr. 10, Dezember 1963, S. 1 und 4.

¹⁴ Vgl. Wolfgang Kraushaar, Die Furcht vor einem "neuen 33". Protest gegen die Notstandsgesetzgebung, in: Dominik Geppert / Jens Hacke (Hg.), *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960-1980*, Göttingen 2008, S. 135-150.

Woche demonstrieren? Nicht nur gegen den Schah? Pause. 'Weißt Du, Genosse, Israel ist halt ein imperialistisches Land.'¹⁵ Das sollte wohl heißen, dass man allen Motiven, die es für eine Solidarisierung mit dem jüdischen Staat wohl hätte geben können, zum Trotz für das bedrohte Land keine Unterstützungsaktionen veranstalten dürfe. Der eigene Antiimperialismus und die Solidarität mit den Ländern der Dritten Welt, denen man auch die arabischen Staaten und insbesondere die seit der Gründung Israels vertriebenen und in Flüchtlingslagern lebenden Palästinenser zurechnete, schienen das einem SDS-Mitglied offenbar zu verbieten.

Doch vereinzelt kam es wegen des drohenden oder bereits ausgebrochenen Sechstagekrieges durchaus zu Demonstrationen und Kundgebungen, durchweg zu Solidaritätsaktionen mit dem offenbar in Bedrängnis geratenen Staat Israel. So zogen etwa am 3. Juni in Frankfurt in einem Schweigemarsch 2.500 Menschen von der Universität zum Römerberg, um für "Frieden in Nahost" zu demonstrieren. Auf der Schlusskundgebung traten die Redner sowohl für den Frieden im Vorderen Orient als auch für die ungeschmälernte Existenz des Staates Israel ein. Und am Abend des 6. Juni zogen rund tausend Studenten und Schüler mit Transparenten über den Berliner Kurfürstendamm, auf denen Losungen wie etwa "Unser Herz schlägt für Israel" zu lesen waren. Nur wenige Stunden zuvor hatten sich in dem in der Charlottenburger Fasanenstraße gelegenen Jüdischen Gemeindehaus sogar 300 Studenten und Schüler versammelt, um sich freiwillig für einen zivilen Einsatz in Israel zur Verfügung zu stellen.

Selbst die später als Mitbegründerin der terroristischen *Rote Armee Fraktion* (RAF) bekannt gewordene Journalistin Ulrike Meinhof ließ in einer ihrer monatlich in der Zeitschrift *konkret* erscheinenden Kolumnen keinen Zweifel daran aufkommen, wem in dieser Situation die Solidarität gebühre. "Es gibt für die europäische Linke," schrieb sie, "keinen Grund, ihre Solidarität mit den Verfolgten aufzugeben, sie reicht in die Gegenwart hinein und schließt den Staat Israel mit ein."¹⁶ Die Linke unterscheide sich vom Kartell der bloßen Interessenten und bürgerlichen Philosemiten – wie etwa den in ihren Augen als perfide bezeichneten, von Presseorganen des Axel-Springer-Verlags wie der *Bild*-Zeitung gezeigten Sympathiereflexen – durch ein Bewusstsein von der deutschen Geschichte. Doch in ihrer rigiden Abgrenzung von den angeblich falschen Freunden Israels tauchte mit der Behauptung, dass es den USA einzig und allein um die strategische Funktion Israels für den von ihr unterstellten imperialistischen Gesamtzusammenhang im Nahen Osten gehe, bereits jenes von Peter Gäng verwendete Argument auf, das sich in der Folge noch als das für die radikale Linke zentrale Kritikschemata herauskristallisieren sollte.

Was das bedeuten konnte, zeichnete sich bereits auf gespenstische Weise ab, als am 10. Juli Herbert Marcuse zu seiner mehrtägigen Vortragsreihe über "Das Ende der Utopie" in West-Berlin eintraf. Im Auditorium Maximum der Freien Universität wurde er von den 2500 Zuhörern geradezu wie ein theoretischer Messias empfangen. In seinen Vorträgen ging es um den Spätkapitalismus, die

¹⁵ Detlev Claussen, Im Haus des Henkers, in: Dietrich Wetzels (Hg.), Die Verlängerung von Geschichte. Deutsche, Juden und der Palästinakonflikt, Frankfurt am Main 1983, S. 113-125; hier: S. 115. Claussen zieht aus der Episode die Schlussfolgerung: "Der Junikrieg passte nicht in unser Weltbild." Bei dem von ihm erwähnten stellvertretenden SDS-Bundesvorsitzenden dürfte es sich um Peter Gäng gehandelt haben, der ein Jahr zuvor zusammen mit Jürgen Horlemann in der edition suhrkamp eine vielbeachtete Studie zur Vorgeschichte und sukzessiven Eskalation des Vietnamkonflikts publiziert hatte: Vietnam. Genesis eines Konflikts. Frankfurt am Main 1965.

¹⁶ Ulrike Meinhof, Drei Freunde Israels, konkret, Jg., Nr. 7, Juli 1967, S. 2; wiederabgedruckt in: dies., Die Würde des Menschen ist unantastbar. Aufsätze und Polemiken, West-Berlin 1980, S. 100f.

Dritte Welt und die Gewaltfrage. Gefolgt wurden sie von Podiumsdiskussionen, an denen sich nicht nur kritische Parteigänger wie Rudi Dutschke und Jacob Taubes, sondern auch Kontrahenten wie Richard Löwenthal und Alexander Schwan beteiligten. Die aufgewühlte Situation war jedoch nicht nur durch den Schock geprägt, den der tödliche Schuss auf Benno Ohnesorg ausgelöst hatte, sondern eben auch durch die nach dem Sechstagekrieg völlig veränderte Lage im Nahen Osten.

Marcuse warf den Teilnehmern am 13. Juli in seinem abschließenden Vortrag explizit vor, den Nahostkonflikt zu verdrängen und ließ es sich nicht nehmen, selbst ausführlich darauf einzugehen. Zwar geizte er einerseits nicht mit Kritik an der Behandlung der Palästinenser durch Israel, andererseits jedoch ließ er keinen Zweifel daran, dass begangenes Unrecht nicht durch noch größeres Unrecht, womöglich die Zerstörung Israels, gutgemacht werden könne. "Sie werden verstehen," erklärte er vor den zweieinhalb tausend Zuhörern, "dass ich mich in einer sehr persönlichen und nicht nur persönlichen Weise mit Israel solidarisch und identisch fühle."¹⁷ Israel sei zum Fluchort für die von Verfolgung bedrohten Juden geworden, der nicht zur Disposition gestellt werden dürfe.

Der nachfolgende Redner war kein Geringerer als der Soziologiestudent Rudi Dutschke, jener charismatische Redner, der die beginnende Revolte wie kein zweiter repräsentieren und im Nachhinein geradezu personifizieren sollte. Doch er wechselte sofort das Thema und sprach statt dessen über Che Guevara, den Vietnamkrieg und die Rolle der Großmächte. Auch kein anderer nahm das die internationalen Schlagzeilen immer noch beherrschende Thema auf. Es gab offenbar niemanden, der auf dieses ganz unmissverständliche Bekenntnis des von ihnen so bewunderten Sozialphilosophen eingehen wollte oder überhaupt nur den Mut dazu gehabt hätte, dies zu tun. Die von Marcuse so dezidiert aufgeworfenen Themen Antisemitismus und Judenvernichtung, Israel und Palästina blieben jedenfalls ohne irgendein Echo. Und das dürfte alles andere als Zufall gewesen sein.

Denn der Bundesvorstand des SDS hatte schon am 3. Juni einen von dem Marburger Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth verfassten Offenen Brief veröffentlicht, in dem dieser zu begründen versuchte, warum die Linke eher auf der Seite der arabischen Staaten als der Israels zu stehen habe: "Im Weltmaßstab gesehen ist," hieß es dort, "leider eine Situation entstanden, in der die Gesamtinteressen der kolonialen Revolution, der sozialistischen Länder und auch des revolutionären Flügels der internationalen Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern stärker mit den arabischen Staaten als mit den Interessen Israels übereinstimmen."¹⁸ Das Land, das nun einen Präventivkrieg vom Zaun gebrochen habe, müsse nun "als Vortrupp amerikanischer imperialistischer Interessen" erscheinen. Damit war in der Auseinandersetzung um den Nahostkonflikt auch hier bereits jene Kategorie ins Spiel gebracht worden, die in der Folge ideologisch-weltanschaulich noch von ausschlaggebender Bedeutung werden sollte: die des Imperialismus.¹⁹

¹⁷ Horst Kurnitzky / Hansmartin Kuhn (Hrg.), *Das Ende der Utopie*. Herbert Marcuse diskutiert mit Studenten und Professoren Westberlins an der Freien Universität Berlin über die Möglichkeiten und Chancen einer politischen Opposition in den Metropolen in Zusammenhang mit den Befreiungsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt, West-Berlin 1967, S. 139.

¹⁸ Zitiert nach: Berthold Simonsohn, *Der Nahost-Konflikt und die Verwirrung der Linken*, DISkussion, Nr. 23, Oktober 1967, S. 9.

¹⁹ Der polnisch-israelische Historiker Simcha Flapan hat in seiner Auseinandersetzung mit dem Trotzki-Biographen Isaac Deutscher die verheerende Rolle dieser Kategorie besonders hervorgehoben: "Was heute Israel wie ein Fluch heimsucht, ist der Mythos und das Image des 'imperialistischen Agenten'. [...] Der Antizionismus ist der 'Anti-Imperialismus von Idioten' geworden." Simcha Flapan, 5. Juni 1967 – *Der arabisch-israelische Krieg* (Eine Antwort an Isaac Deutscher), Frankfurt am Main 1969, S. 35.

Der Frankfurter Sozialpädagoge und Auschwitz-Überlebende Berthold Simonsohn beklagte sich später über die von Abendroth und implizit offensichtlich auch vom SDS-Bundesvorstand eingenommene Position und bezeichnete es als "ein traumatisches Erlebnis", dass von vielen, die sich als Friedensfreunde und Internationalisten bezeichneten, "die Möglichkeit eines Völkermordes zumindest in Kauf genommen" worden sei.²⁰ Der ehemalige Leiter der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland ging in seiner Verurteilung solcher im Schwange befindlicher Positionen sogar soweit zu behaupten, sie liefen Gefahr, "...objektiv zu Helfern der Testamentsvollstrecker Hitlers zu werden."²¹ Für ihn jedenfalls schienen damit in gewisser Weise die Grundlagen seiner Nachkriegs-existenz in Deutschland aufgekündigt worden zu sein.

5 Die Nahostresolution des SDS

Was die Weigerung, sich auf der größten damals zur Verfügung stehenden politischen Bühne, die das Auditorium Maximum im Henry-Ford-Bau der FU für die Neue Linke zweifelsohne darstellte, für eine Solidarisierung mit Israel auszusprechen, in der Folge bedeutete, sollte sich gerade auf jener SDS-Delegiertenversammlung verraten, die der antiautoritären Fraktion um Dutschke herum im September 1967 erstmals eine Mehrheit im linksradikalen Hochschulbund bescherte. Mit der auf der XXII. ordentlichen SDS-Delegiertenkonferenz im Frankfurter Studentenhaus zwar nicht verabschiedeten,²² jedoch zur Arbeitsgrundlage erhobenen Resolution „Der Konflikt im Nahen Osten“ schlug die wichtigste Organisation links von der SPD einen Kurs ein, der sich nur als strikt antizionistisch bezeichnen ließ. Die Heidelberger und die Frankfurter Hochschulgruppe hatten zuvor die Initiative übernommen und die Debatte über die veränderte Lage im Nahostkonflikt angezettelt.

Bereits mit den ersten Sätzen wurde eine politökonomisch reduzierte Perspektive eingeschlagen, aus deren Vorgaben es in der darauf folgenden Klärung der politischen Fragen kaum noch ein Ent-rinnen zu geben schien. Zunächst wurde postuliert, dass der Nahostkonflikt nur aus der Profitma-ximierungslogik bestimmter Erdölkonzerne verstanden werden könne: „Der Krieg zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn kann nur auf dem Hintergrund des antiimperialistischen Kampfes der arabischen Völker gegen die Unterdrückung durch den angloamerikanischen Imperialismus analysiert werden. Auf der arabischen Halbinsel liegen die reichsten und profitabelsten Ölquellen der Welt. [...] Über 70 % der arabischen Ölproduktion befindet sich in Händen angloamerikanischer Konzerne.“²³ Nur durch eine Nationalisierung der Erdölproduktion und die „Schaffung eines einheitlichen Arabischen Ostens“ sei die Voraussetzung für eine Überwindung des israelisch-arabischen Konflikts zu schaffen. Eine arabische Homogenisierung des Nahen Ostens jedoch, so wäre hier bereits einzuwenden gewesen, hätte auf eine Auflösung des Staates Israel hinauslaufen müssen.

²⁰ Berthold Simonsohn, *Der Nahost-Konflikt und die Verwirrung der Linken*, ebenda.

²¹ Ebenda, S. 12.

²² Nach Darstellung des früheren Berliner SDS-Landesvorsitzenden Dr. Tilman Fichter war es vor allem Rudi Dutschke, der seinen ganzen Einfluss hatte geltend machen müssen, um eine Verabschiedung zu verhindern. Gespräch mit dem Verfasser am 12. August 2005.

²³ „Der Konflikt im Nahen Osten“, in: Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (Hg.), *Die XXII. ordentliche Delegiertenkonferenz des SDS (Resolutionen und Beschlüsse)*, Frankfurt/Main o.J. [1967], S. 48-54; hier S. 48.

Die insgeheimen Stichworte zur Charakterisierung der israelischen Politik lauteten Kolonialisierung, Aggression und Expansion: „Zionistische Kolonisierung Palästinas hieß und heißt bis heute: Vertreibung und Unterdrückung der dort lebenden eingeborenen arabischen Bevölkerung durch eine privilegierte Siedlerschicht. [...] Die gegenwärtigen Annexionspläne des zionistischen Kapitalismus haben den letzten Zweifel am reaktionären Charakter Israels beseitigt.“²⁴ Der Zionismus wurde hier unter völliger Abstraktion von seinen historischen Entstehungsbedingungen mit Kapitalismus, Kolonialismus und Imperialismus gleichgesetzt. Das war eine an Eindeutigkeit kaum noch zu überbietende Feinderklärung an den Staat Israel und die dort lebenden jüdischen Bürger.

Die SDS-Grundposition lautete von nun an: „Die Anerkennung des Existenzrechts der in Palästina lebenden Juden durch die sozialrevolutionäre Bewegung in den arabischen Ländern darf nicht identisch sein mit der Anerkennung Israels als Brückenkopf des Imperialismus und als zionistisches Staatsgebilde. [...] Nur der Aufbau einer revolutionären sozialistischen Bewegung mit dem Ziel der Überwindung des Imperialismus und der von ihm gezogenen Grenzen und die Errichtung einer einheitlichen arabischen sozialistischen Republik, die über eine gemeinsame Politik mit einem sozialistischen Israel zur territorialen Integrität gelangt, kann einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten bringen.“²⁵ Die Stichworte lauteten auf der einen Seite Imperialismus und Kolonialismus und als vermeintlicher Gegenentwurf dazu auf der anderen Anti-Imperialismus und Sozialismus. Unter dem Schutzschild derartig abstrakter Großkategorien, die vordergründig eine programmatische Herrschaftskritik zu verbürgen schienen, beabsichtigte man, sich gegen naheliegende Vorwürfe, dass es beim Antizionismus in Wirklichkeit um nichts anderes als die Wiederauferstehung des Antisemitismus gehe, gleichzeitig immunisieren zu können.

So wie mit dem SDS die Hochschulgruppe der SPD seit Anfang der fünfziger Jahre eine regelrechte Vorreiterrolle für die Wiedergutmachung der Nazi-Verbrechen am jüdischen Volk und die Anerkennung des Staates Israel gespielt hatte,²⁶ so nahm sie nun – nachdem sie 1961 wegen ihrer Annäherung an die SED aus der Mutterpartei hinausgeworfen worden war – auf einmal die Aufgabe einer Avantgarde für die um staatliche Unabhängigkeit kämpfenden Palästinenser wahr. Doch war das auch tatsächlich ein Kurswechsel um 180 Grad?

Würde man zuvor verabschiedete Beschlüsse und Positionspapiere des 1946 gegründeten SDS miteinander vergleichen, in denen es um Israel und den Nahen Osten gegangen war, dann kann man sich dieses Eindrucks jedenfalls kaum verwehren. Die im September 1967 eingenommenen Positionen scheinen jenen aus der Zeit zuvor diametral zu widersprechen. Andererseits jedoch spricht vieles für die Annahme, dass damit nur die offizielle, nach außen gerichtete Haltung zum Ausdruck gebracht wurde, nicht aber die interne, die sich dann nach dem Sechstagekrieg so scheinbar eruptionsartig Luft verschaffte. Denn es hatte sich bereits seit längerem abgezeichnet, dass in der SDS-Hochburg West-Berlin und einigen anderen seiner Hochschulgruppierungen eine grundlegende Veränderung in Gang gekommen war.

²⁴ Ebenda, S. 49.

²⁵ Ebenda, S. 53.

²⁶ Zu nennen wäre hier insbesondere ihre Rolle im Zusammenhang mit der 1952 von Erich Lüth und Rudolf Küstermaier gestarteten Wiedergutmachungsinitiative „Friede mit Israel“. Die pro-israelische Haltung hatte sich zudem in zahlreichen Kontakten, insbesondere in der Beteiligung an Besuchsdelegationen und Kibbuz-Aufenthalten niedergeschlagen und war zum Teil auch in Israel selbst jahrelang als Vorreiter für eine in Westdeutschland eingeschlagene Politik der Aussöhnung verstanden worden.

Die Radikalisierung, die sich seit 1965 im Kontext der Proteste gegen den Vietnamkrieg und der allgemeinen Identifikation mit dem Vietcong und den sogenannten Befreiungsbewegungen der Dritten Welt insgesamt durchzusetzen begonnen hatte, führte ganz offenbar auch zu einer Neubewertung des Nahostkonflikts und der Haltung zu Israel. Anders jedenfalls lässt sich nicht nachvollziehen, dass sich der Bundesvorstand des SDS bereits vor Ausbruch des Sechstagekrieges einer Solidarisierung entzogen bzw. sie geradezu blockiert hat. Es spricht jedenfalls vieles für die Annahme, dass der israelische Präventivschlag gegen Ägypten sowie die beiden anderen arabischen Staaten und der sich rasch abzeichnende militärische Erfolg verbunden mit den weitreichenden Gebietsannexionen im SDS bereits vorhandene Änderungsprozesse beschleunigt hat und der Krieg letztlich nur das Ventil für den als spektakulär wahrgenommenen Kurswechsel gewesen ist.

6 Rudi Dutschke und das Auschwitz-Tabu

Niemand anders hat die 68er-Bewegung so sehr verkörpert wie Rudi Dutschke. Er war – obwohl er niemals eine organisatorische Funktion wahrgenommen hat – ihre Stimme, ihr Gesicht und ihre Leitfigur. Durch das am Gründonnerstag 1968 auf ihn verübte Attentat war sein persönliches Schicksal mit dem der Bewegung sogar faktisch verschmolzen. Wer sonst hätte die Moralisierung des Politischen glaubwürdiger vertreten können als er. Dutschke verstand sich als Antikapitalist, als Antiimperialist und – man könnte geneigt sein, in dieser Hinsicht von einer Selbstverständlichkeit sprechen zu wollen – auch als Antifaschist.

Wer sich jedoch auf die Suche macht, um Äußerungen von ihm über Auschwitz und den Antisemitismus ausfindig zu machen, der wird dies – von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen – vergeblich tun. Im Gegensatz zu vielen anderen seiner Weggefährten stand der Nationalsozialismus bei ihm für eine Blindstelle. In seiner damals wohl bekanntesten Publikation, einem Beitrag zu dem hunderttausendfach verbreiteten Rowohlt-Aktuell-Bändchen über die "Rebellion der Studenten", findet sich ein eigener Abschnitt unter der Überschrift "Vom Antisemitismus zum Antikommunismus".²⁷ Darin ist zwar von den Untersuchungen über die autoritäre Persönlichkeit die Rede, mit keinem Wort jedoch vom Anti-Judaismus, von Judenfeindschaft oder Antisemitismus.

In seinen zahlreichen öffentlichen Reden hat er die Themen Judenfeindschaft und Judenvernichtung vollständig ausgespart. Auschwitz war ihm ein regelrechtes Tabu. In einem 1977 verfassten autobiographischen Text versuchte er zu rechtfertigen, warum er sich nicht über das, was er als "die Hölle der deutschen Konzentrationslager" bezeichnete, äußern wollte: "Mein christliches Selbstverständnis wehrte sich dagegen, denjenigen dafür verantwortlich zu machen, der die Liebe gelebt hatte und dafür ans Kreuz musste. So stellte sich mir die Frage nach den Verantwortlichen für den Zweiten Weltkrieg. Meine christliche Scham über das Geschehene war so groß, dass ich es ablehnte, weitere Beweisdokumente zu lesen und mich mit meiner allgemeinen Erkenntnis zufrieden gab: Der Sieg und die Macht der NSDAP, das Entstehen des Zweiten Weltkriegs ist von dem Bündnis zwischen NSDAP und den Reichen (Monopolkapital) nicht zu trennen. Damit war der Raum frei ge-

²⁷ Rudi Dutschke, Die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhältnis zur Dritten Welt, in: Uwe Bergmann u.a., Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Reinbek 1968, S. 33-93, hier S. 58.

worden für die erste Entscheidung: zwischen Kapitalismus und Sozialismus grundlegend differenzieren zu können und dennoch mein Christentum nicht aufzugeben.“²⁸

Danach scheint es also eine Art christlicher Selbstschutzmechanismus gewesen zu sein, der es verhindert hatte, Auschwitz zu thematisieren. Damit reagierte er zugleich wie der Angehörige eines Kollektivs, des deutschen Volkes, dessen Zugehörigkeit er auf keinen Fall in Frage gestellt sehen wollte. Ohne die Möglichkeit, weiter auf das Christentum bauen und sich auf das Volk berufen zu können, wäre seine Vorstellung von einer Revolution vermutlich wie ein Kartenhaus in sich zusammengebrochen.

Allerdings war Dutschke kein Antisemit, im Gegensatz zu vielen seiner Weggefährten nicht einmal ein Antizionist oder in irgendeiner Form ein Gegner Israels. Auf der SDS-Delegiertenkonferenz im September 1967 in Frankfurt, auf der die berüchtigte Nahostresolution zur Debatte stand, mit der Israel zum vorgeschobenen Posten des US-Imperialismus degradiert werden sollte, war er es, der eine Abstimmung verhinderte.²⁹ Aber er hat alles unternommen, um einen möglichst großen Bogen um die für ihn kontaminierten Themen zu machen. Daher gab es aus seinem Munde weder ein Wort zu Auschwitz noch zum Antisemitismus.

7 Adorno als Seismograph

In der Nachkriegszeit dürfte es in der Bundesrepublik wohl kaum einen aufmerksameren Beobachter gegeben haben als Theodor W. Adorno. Wie ein Seismograph hat der Theoretiker, dem an der Frankfurter Universität noch 1956 wegen seiner vermuteten jüdischen Herkunft Schwierigkeiten bereitet worden waren, die Veränderungen von Einstellungen, Gewohnheiten und Mentalitäten registriert. Insbesondere wer seine Stellungnahmen zur Studentenbewegung vergleicht, der stößt auf einen signifikanten Wandel. Im Laufe von nur zwei Jahren hat sich die Einstellung des Kulturkritikers und Musiksoziologen zur Rolle der revoltierenden Studenten beinahe um 180 Grad gedreht.

Als Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 erschossen wurde, war Adorno vom Tod des unschuldigen Germanistikstudenten so tief erschüttert, dass er drei Tage später in einem Seminar zum Anlass nahm, um eine Erklärung abzugeben. Darin hieß es zwar vorsichtig, dennoch aber bestimmt: „Die Studenten haben so ein wenig die Rolle der Juden übernommen.“³⁰ In einer am Tag darauf folgenden Vorlesung bat er seine Zuhörer sogar darum, sich zum Gedenken an ihren toten Kommilitonen von den Plätzen zu erheben. Adorno hatte ganz offensichtlich das Bedürfnis, sein Mitgefühl und seine Solidarität zum Ausdruck zu bringen.

An dieser Einstellung hatte sich auch noch nichts verändert, als er im Jahr darauf von Günter Grass aufgefordert wurde, sich von seinen immer aktionistischer auftretenden Schülern zu distanzieren. Adorno lehnte das mit der Begründung ab, dass er zum einen nicht die Rolle des Renegaten übernehmen, zum anderen aber auch nicht die in der Bundesrepublik ohnehin vorhandenen anti-

²⁸ Rudi Dutschke, *Aufrecht gehen. Eine fragmentarische Autobiographie*, hrsg. von Ulf Wolter, West-Berlin 1981, S. 33f.

²⁹ So jedenfalls der Historiker und ehemalige Landesvorsitzende des Berliner SDS, Dr. Tilman Fichter, in seinen Erinnerungen.

³⁰ Pardon, 6. Jg., Nr. 8, August 1967, S. 51.

intellektuellen Tendenzen verstärken wolle. "So genau ich weiß," rang Adorno unüberhörbar mit sich selbst, "dass die Studenten eine Scheinrevolte betreiben und das eigene Bewusstsein der Unwirklichkeit ihres Treibens durch ihre Aktionen übertäuben, so genau weiß ich auch, dass sie, und die Intellektuellen überhaupt, auf der Plattform der deutschen Reaktion die Rolle der Juden übernommen haben."³¹ In dieser Reaktion kam jedoch bereits die Ambivalenz zum Ausdruck, mit der Adorno die Revolte inzwischen bewertete. Im Grunde war er tief gespalten. Einerseits glaubte er noch immer, dass die Studenten an die Stelle der Juden getreten seien, andererseits aber hatte er den Gedanken offenbar aufgegeben, dass sie politisch noch etwas bewirken könnten.

Erst im Sommer 1969 gab er in einem Briefwechsel mit Herbert Marcuse zu erkennen, dass sich seine Haltung grundsätzlich verändert habe. "Ich müsste alles, was ich über die objektive Tendenz gedacht habe und weiß, verleugnen," schrieb er seinem in Kalifornien lehrenden Kollegen, "wenn ich glauben wollte, dass die Protestbewegung der Studenten in Deutschland auch nur die geringste Aussicht hat, gesellschaftlich eingreifend zu wirken. Weil sie das aber nicht kann, ist ihre Wirkung fragwürdig in doppelter Hinsicht. Einmal in der, dass sie das in Deutschland ungeminderte faschistische Potential anheizt, ohne sich auch nur darum zu scheren; dann aber insofern, als sie in sich selbst Tendenzen ausbrütet, die – und auch darin dürften wir differieren – mit dem Faschismus unmittelbar konvergieren."³² Danach reihte er eine Liste von Symptomen auf und führte an, dass das Wort *Ordinarius* von den rebellierenden Studenten gebraucht würde wie seinerzeit von den Nazis das Wort *Jude*. "Die Gefahr des Umschlags der Studentenbewegung in Faschismus", fuhr er weiter fort, "nehme ich viel schwerer als Du [...] Du müsstest nur einmal in die manisch erstarrten Augen derer sehen, die, womöglich unter Berufung auf uns selbst, ihre Wut gegen uns kehren."³³ Weil Adorno wiederholt studentischen Attacken ausgesetzt war, hatte er kurz zuvor seine Vorlesungen eingestellt.

Spätestens hier wurde unmissverständlich deutlich, dass in seinen Augen aus manchen der studentischen Akteure selbst Aggressoren geworden sein mussten. Die revoltierenden Studenten fungierten nicht mehr in der Rolle von Opfern, sondern in der von Angreifern. Aus jenen, die angeblich den Platz von Juden einnahmen, sollten nun selbst tendenziell Faschisten geworden sein. Und einer derjenigen, gegen die sich nun der Hass richtete, war der einst von den Nazis aus dem Land vertriebene Adorno.

8 Krahl und die Kontingenz von Auschwitz

Adornos radikal veränderte Haltung blieb den Betroffenen, darunter mit Hans-Jürgen Krahl einem seiner Lieblingsschüler, jedoch weitgehend verborgen. Umgekehrt ahnte Adorno nichts davon, dass nur vier Wochen später mehrere SDS-Mitglieder nach Amman flogen, um sich an einem Trainingscamp der *Al Fatah* zu beteiligen. Darunter befand sich auch einer seiner jüngeren Schüler, der viele Jahre später noch als einer seiner Biographen hervortreten sollte. Als die selbstaufgelegte Nachricht-

³¹ Theodor W. Adorno, Brief an Günter Grass, 4. November 1968, in: Wolfgang Kraushaar (Hg.), *Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotow-Cocktail, 1946-1995*, Bd. 2: Dokumente, Hamburg 1998, S. 473.

³² Theodor W. Adorno, Brief an Herbert Marcuse, 19. Juni 1969, in: Wolfgang Kraushaar (Hg.), *Frankfurter Schule und Studentenbewegung*, S. 652.

³³ Ebenda.

tensperre des SDS zu bröckeln begann, blieb dem SDS-Bundesvorstand nichts anderes übrig als sich den kritischen Nachfragen der Reporter zu stellen.

Auf die Möglichkeit angesprochen, neben den Palästinenser-Lagern auch Israel einen Besuch abzustatten, erklärte Krahl schnippisch: "Was sollen wir in Israel? Dort gehen wir hin, wenn's sozialistisch geworden ist."³⁴ Als die Passage mit der an Arroganz kaum zu überbietenden Formulierung erschien, war der in seinem Schweizer Urlaubsdomizil überraschend einem Herzinfarkt erlegene Adorno gerade zu Grabe getragen worden.

Für Krahl spielte Auschwitz im Gegensatz zu Dutschke allerdings auch weiterhin eine bedeutende Rolle. Drei Monate bevor er im Februar 1970 bei einem Autounfall ums Leben kam, hatte er betont, dass die "Erfahrung des Faschismus" in die Theoriebildung der Neuen Linken in zentraler Weise eingehen müsse, der einerseits zwar mit den Kategorien einer Kritik der politischen Ökonomie erklärbar sei, "dessen Terror im einzelnen" jedoch "sich solcher begrifflichen Subsumption" sträube. Kategorisch stellte er fest: "Auschwitz ist kontingent auch noch den überlieferten Kategorien einer Kritik der politischen Ökonomie gegenüber."³⁵

Dieser Satz, in dem die erkenntnistheoretischen Grenzen des Marxismus gegenüber der Vernichtung der europäischen Juden markiert wurden, wäre im damaligen SDS wohl von kaum jemand anderem so formuliert worden. Jemandem wie Karl-Heinz Roth etwa, dem Kopf des Hamburger SDS, für den sich in Auschwitz, zumal in den von der IG Farben dort errichteten Buna-Werken, eine negative Vollendung des Monopolkapitalismus vollzogen hatte, wäre er gewiss nicht über die Lippen gekommen. Er erinnerte am ehesten noch an Hannah Arendt, die bereits 1950 von der "vollkommenen Sinnlosigkeit" der Vernichtungslager geschrieben hatte. Für sie jedoch hatte es im theoretischen Radarsystem der Neuen Linken bekanntlich überhaupt keinen Platz gegeben.³⁶

9 Die Anti-Ben-Nathan-Kampagne

Als der israelische Botschafter Asher Ben-Nathan im Juni 1969 an der Frankfurter Universität unter dem Titel "Frieden in Nahost" einen Vortrag zur israelischen Position halten wollte, stieß er in dem Hörsaal bezeichnender Weise auf erbitterten Widerstand. Es war ein Bündnis zwischen dem SDS und der GUPS, der *Generalunion Palästinensischer Studenten*, das den Protest organisiert hatte. Die aufgeheizte Stimmung schlug endgültig um, als der Botschafter die Existenz des Staates Israel und einer zionistischen Politik als Selbstverständlichkeit bezeichnete. Als sich Ben-Nathan weigerte, der Aufforderung des ehemaligen SDS-Bundesvorsitzenden Karl Dietrich Wolff, eine frühere Bemerkung zurückzunehmen, in der er protestierende Studenten als "Neonazis" bezeichnet hatte, Folge zu leisten, ging sein Vortrag in Sprechchören unter. "Es würde", erhob Ben-Nathan daraufhin

³⁴ Zitiert nach: Hans-Joachim Noack, Ferienlager bei El Fatah. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund auf Erkundungsfahrt bei den arabischen Guerillas, in: Die Zeit vom 15. August 1969, 24. Jg., Nr. 33, S. 7.

³⁵ Hans-Jürgen Krahl, Thesen zum allgemeinen Verhältnis von wissenschaftlicher Intelligenz und proletarischem Klassenbewußtsein, in: ders., Konstitution und Klassenkampf. Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Revolution. Schriften, Reden und Entwürfe aus den Jahren 1966-1970, Frankfurt am Main 1971, S. 343.

³⁶ Hannah Arendt, Social Science Techniques and the Study of Concentration Camps, in: Jewish Social Studies, 12/1, S. 49-64, New York 1950, dt.: Die vollendete Sinnlosigkeit, in: dies., Nach Auschwitz. Essays und Kommentare 1, West-Berlin 1989, S. 7-30.

seine Stimme, "ein geschichtliches Ereignis sein, wenn sie diese Diskussion heute Abend unmöglich machen. Dies nämlich ist in Deutschland das letzte Mal vor 34 Jahren geschehen."³⁷ Und genau das geschah.

Die Störung und der Abbruch der Vortragsveranstaltung mit dem israelischen Botschafter fand in der bundesdeutschen Presse ein großes, durchweg negatives Echo. Das Präsidium der *Deutsch-Israelischen Gesellschaft* (DIG) appellierte anschließend an alle Studenten, „sich geschlossen gegen die anti-israelische Agitation und den Meinungsterror der SDS-Gruppen zur Wehr zu setzen“. Es dürfe nicht so weit kommen, dass aus der deutschen Studentenschaft eine „neue Judenfeindschaft im Gewande des Antizionismus“ erwachse. Der SDS-Bundesvorstand wies in einer umfangreichen Presseerklärung den von verschiedener Seite erhobenen Vorwurf zurück, die gegen die Äußerungen von Botschafter Ben-Nathan gerichteten Sprechchöre seien Ausdruck eines "Antisemitismus der Linken" gewesen.³⁸ Und in einer vom Allgemeinen Studentenausschuss (AStA), dem SDS, der GUPS und anderen Gruppierungen herausgegebenen Presseerklärung, wurde einerseits zwar "für eine rationale Diskussion ohne Diskriminierung von Juden und Arabern" geworben, andererseits aber der Zionismus als eine aus prinzipiellen Gründen unakzeptable Position dargestellt: "Denn wer von der Selbstverständlichkeit des Zionismus ausgeht, unterstellt einen rein jüdischen Staat, in dem Araber keinen Platz haben oder nur als Unterdrückte leben können [...] man muss Partei ergreifen, entweder für die zionistischen Unterdrücker oder für die jüdischen und arabischen sozialrevolutionären Kräfte."³⁹ Das war eindeutig und geradezu ein Signal, die Störaktionen weiter fortzusetzen.⁴⁰

Doch es kam noch etwas anderes, weitaus gefährlicheres hinzu. Nur wenige Wochen nach dem Frankfurter Eklat starteten etwa zwei Dutzend, aus verschiedenen Hochschulorten stammende SDS-Mitglieder vom Rhein-Main-Flughafen aus zu einem Flug in die jordanische Hauptstadt Amman, wo sie sich in einem in der Nähe gelegenen Lager der 1959 von dem PLO-Vorsitzenden Yasir Arafat und anderen Palästinensern gegründeten Guerillaorganisation *El Fatah* militärisch drillen und ausbilden ließen.⁴¹ Damit waren gewissermaßen die Voraussetzungen für eine antiisraelische Kampfgenossenschaft für die Begehung terroristischer Kommandoaktionen zwischen Palästinensern und jungen linksradikalen Bundesdeutschen geschaffen worden. Die siebziger Jahre schienen in dieser Hinsicht jedenfalls nichts Gutes mehr verheißen zu können.

³⁷ Frankfurter Rundschau vom 11. Juni 1969.

³⁸ Siehe Presseerklärung des Bundesvorstandes des SDS vom 12. Juni 1969, aus: Archivalische Sammlung Wolfgang Kraushaar, Akte Universität Frankfurt Sommer-Semester 1969.

³⁹ Presseerklärung des Allgemeinen Studentenausschusses, des SDS, der ISRACA und der GUPS, Frankfurt; aus: Archivalische Sammlung Wolfgang Kraushaar, Akte Universität Frankfurt Sommer-Semester 1969.

⁴⁰ In den Monaten darauf wurden auch weitere Vortragsveranstaltungen mit Ben-Nathan in Hamburg, Erlangen, West-Berlin, Köln und München von SDS-Mitgliedern und palästinensischen Studenten gesprengt bzw. zu stören versucht.

⁴¹ Zu ihnen zählte auch der hier bereits erwähnte Frankfurter SDS-Aktivist Detlev Claussen, der zum engsten Umfeld des Adorno-Schülers und damals führenden SDS-Theoretikers Hans-Jürgen Krahl zählte und sich später als Verfasser verschiedener Antisemitismus-Studien einen Namen als gemacht hat. Vgl. seine Studie: *Grenzen der Aufklärung. Zur gesellschaftlichen Geschichte des modernen Antisemitismus*, Frankfurt am Main 1987; und als Herausgeber: *Vom Juden Hass zum Antisemitismus. Materialien einer verleugneten Geschichte*, Darmstadt 1987.

10 Das Fanal vom 9. November 1969

Der Rubikon zwischen einer antizionistischen Haltung und einer antisemitischen Tat wurde endgültig am 9. November 1969 mit einem Bombenanschlag auf die Teilnehmer einer Gedenkfeier überschritten, mit der der jüdischen NS-Opfer gedacht werden sollte.⁴²

Die erste Gruppierung, die aus der 68er-Bewegung in den Untergrund ging, war nicht die RAF sondern eine, die sich nach südamerikanischem Vorbild *Tupamaros* nannte – die *Tupamaros West-Berlin* (TW). Sie war ein Produkt jener linksradikalen Subkultur, die aus einer orientierungslos gewordenen außerparlamentarischen Bewegung hervorgegangen war und seit dem Herbst 1969 West-Berlin mit einer Serie von Bombenanschlägen überzog. Im Vordergrund standen dabei nicht nur Angriffe auf Justizangehörige, auf Richter und auf Staatsanwälte, sondern auch israelische und jüdische Einrichtungen wurden zu erklärten Zielscheiben. Ihren Protagonisten ging es darum, den Vietnamkrieg durch den Nahostkonflikt zu ersetzen und den Guerillakampf in das Land der NS-Täter zu holen. Indem Jüdische Gemeinden zu "Agenturen des zionistischen Staates Israel" erklärt wurden, gehörten sie plötzlich zu einer imaginären "Kampfzone", bei deren Eröffnung es angeblich um die Solidarität mit den Palästinensern gehen sollte.

Den Anfang machten die TW mit einer Bombe, die von Peter Urbach, einem Agent provocateur des Verfassungsschutzes, stammte, und die sie ins Jüdische Gemeindehaus legten. Ziel war eine Gedenkveranstaltung zum 9. November. Am 31. Jahrestag des Nazi-Pogroms wollten sie für ein Fanal sorgen. Die Bombe versagte zwar, der Schock jedoch saß tief. NS-Überlebende hätten erneut Opfer werden sollen – diesmal durch die Kinder der Täter-Generation. Der Bombenleger, ein jüngerer Bruder des SDS-Funktionärs Tilman Fichter, hatte zeitweilig selbst zu den Israel-Förderern gehört. Um den jüdischen Staat zu unterstützen, hatte er sogar eine Zeit lang in einem Kibbuz gearbeitet.

Wohl am unverblümtesten hat im Zusammenhang mit dem Anschlag auf das Jüdische Gemeindehaus der Ex-Kommunarde und insgeheime Anführer der TW, Dieter Kunzelmann, seine judenfeindliche Einstellung zum Ausdruck gebracht. In einem in West-Berlin verfassten *Brief aus Amman* reicht er das gesamte ideologische Rüstzeug für jenen am 9. November versuchten Anschlag auf das Jüdische Gemeindehaus nach. Er ist sich dabei offenbar der Tatsache bewusst, welchen Tabubruches es bedarf, um erneut Juden als Zielscheibe zu propagieren.

Das entscheidende Stichwort seines Textes, in dem er seine Begründung für einen Kurswechsel der Angriffsziele, die sich nun nicht mehr gegen die USA, sondern gegen Israel und jüdische Einrichtungen richten, öffentlich vorlegt, lautet deshalb "Judenknax". Er unterstellt all jenen Linken, die sich für eine Wiedergutmachung eingesetzt haben, nichts anderes als einen psychischen Defekt. Sie litten an einem Komplex, der sie daran hindere, einer veränderten politischen Wirklichkeit angemessen Rechnung zu tragen.

Der entscheidende Perspektivenwechsel hatte sich im Juni 1967 mit dem Sechstagekrieg vollzogen. Mit dem militärischen Sieg Israels über die Ägypter erschienen die dort lebenden Juden nicht länger mehr als Opfer, sondern auf einmal selbst als Täter. Indem die von Verteidigungsminister Moshe Dayan befehligte Armee gesiegt hatte, schien es keine Notwendigkeit mehr zu geben, Juden wei-

⁴² Vgl. Wolfgang Kraushaar, *Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus*, Hamburg 2005.

terhin als Opfer des Nationalsozialismus zu betrachten. Diese Gelegenheit zum Einstellungswechsel wurde nicht ungenutzt gelassen. Das hatte unzweifelhaft eine entlastende Funktion. Die Kinder aus dem Land der Täter schienen nunmehr frei von der ihnen offenbar lästig gewordenen Verpflichtung zu sein, wegen der von ihren Eltern begangenen, mitgetragenen oder geduldeten Verbrechen eine demütige Haltung einzunehmen.

11 Die mutmaßlichen Gründe

Wie lässt sich nun aber der radikale im Sommer 1967 vollzogene Wandel von entschiedenen Israel-Befürwortern zu expliziten Israel-Gegnern sowie Parteigängern der Palästinenser überhaupt erklären? Wie ist vorstellbar, dass aus erklärten Antifaschisten im Handumdrehen überzeugte Antizionisten, wenn nicht gar Antisemiten werden konnten?

Als erklärungsbedürftig muss vor allem ein doppelter Vorgang erscheinen: Zunächst die emphatisch vollzogene Hinwendung zu den Ländern der Dritten Welt und die damit einhergehende Glorifizierung nationalrevolutionärer Guerillaorganisationen, dann die Wahl des Nahostkonflikts als zentraler Krisenregion und die damit verbundene Identifikation mit den verschiedenen palästinensischen, als Befreiungsbewegungen idealisierten Terrororganisationen.

Mit dieser doppelten Wahl wurden zwei Ausblendungen vollzogen: Zum einen die als tabuisiert angesehene Frage der deutschen Nation und zum anderen die für die deutsche Spaltung verantwortliche Blockkonfrontation zwischen Ost und West. Beide Aussparungen, die für das Selbstverständnis einer westdeutschen Linken hätten zentral sein müssen, haben ihre Wurzel in der NS-Vergangenheit und der auf den Trümmern des Nationalsozialismus errichteten Nachkriegsordnung. Sie waren offenbar so massiv, dass sie durch den Internationalismus im allgemeinen und die Identifikation mit den Palästinensern im besonderen überblendet werden mussten.

Von zentraler Bedeutung ist dabei die Korrelation zwischen Antiimperialismus und Antizionismus. Als 1972 etwa der RAF-Begründer Horst Mahler von einer "Symbiose zwischen Zionismus und Imperialismus" sprach, gab er Israel im Grunde zum Angriff frei. Zumindest in dieser Hinsicht kann es nicht verwundern, dass aus dem einstigen Linksterroristen später ein überzeugter Faschist hat werden können. Auf einer supranationalen Ebene ging es um die Herrschaft des Kapitals, die Ausbeutung und die Verfügung über das Geld. Mit Israel – so wurde suggeriert – habe die Figur des "Geldjuden" eine staatliche Form angenommen. Der jüdische Staat wurde nun als Statthalter des imperialistischen Systems im Nahen Osten betrachtet.

Darin aber spiegelt sich das alte antisemitische Klischee wider – der jüdische Repräsentant des internationalen Kapitals hat danach einen Staat errichtet, um die Vormachtstellung des US-Imperialismus zu sichern und weiter auszubauen. Der Gedanke, dass der seit Gründung 1948 in seiner Existenz fortwährend bedrohte Staat Israel seine Verteidigung organisieren muss, hat hier keinen logischen Ort mehr. Der Topos vom "zionistischen Imperialismus", der in seiner Wirksamkeit auf fatale Weise aktuell geblieben ist, erfüllt die Kriterien einer wahnhaften Ideologie. Unter dem vermeintlichen Schutz marxistisch-leninistischer Kategorien wird damit implizit an die antisemitischen Klischees der NS-Zeit angeknüpft und ein längst in Abrede gestellter Wirkungszusammenhang zwischen NS- und Nachkriegsgeneration wieder hergestellt.

Bei alldem spielen psychologische Faktoren eine große Rolle. Die Solidarisierung mit den Palästinensern etwa bot jungen Deutschen die Möglichkeit, die Verbrechen des eigenen Landes entweder zu neutralisieren oder aber ganz zu überblenden. Je martialischer Israel bei seinen militärischen Aktionen in Erscheinung trat, umso leichter wurde es und ist es noch immer, das Land als solches als Aggressor abzustempeln und die Erinnerung an den Holocaust und die jüdischen Opfer in den Hintergrund zu drängen. Das alles hat für die Generationen der Nachgeborenen zweifellos eine entlastende Funktion. Daher ist es auch so verbreitet, Israel mit dem NS-Regime und sein Militär mit der Deutschen Wehrmacht oder gar der SS auf eine Stufe zu stellen. Im Zentrum der Palästina-begeisterung könnte so eine heimliche Selbstrechtfertigung stehen, nach dem Motto: Seht her, was in unserem eigenen Namen an Verbrechen begangen worden ist, kann so schlimm nicht gewesen sein, wenn das Land, das die Opfer des Holocausts als Kollektiv vertritt, selbst Verbrechen begeht.

In der Psychoanalyse, die besonders eingehend Abwehrmechanismen, die dem Subjekt zur Bewältigung innerer Konflikte zur Verfügung stehen, untersucht hat, ist deshalb auch von einer Verschiebung die Rede. In ihrem Erkenntnismodell gehört die Abwehr zu den Ich-Funktionen. Mit ihr sollen unlustvolle und angsterzeugende Vorgänge aus dem eigenen Bewusstsein verbannt werden. Damit wird eine Auseinandersetzung mit den Ursachen eines Konflikts umgangen und notdürftig ein Gleichgewicht im Affekthaushalt hergestellt. Um sich etwa von Schuld- und Schamgefühlen zu entlasten, stehen dem Ich verschiedene Techniken wie Verdrängung, Verleugnung, Abspaltung, Projektion und eben Verschiebung zur Verfügung.

Indem die von der Elterngeneration begangenen Verbrechen allein schon ihrer quantitativ wie qualitativ schier unermesslichen Dimension wegen die psychische Stabilität ihrer heranwachsenden Kinder gefährdeten, suchten diese zu einem Zeitpunkt nach Möglichkeiten, ihre Schuldgefühle auf andere abzuwälzen, als sie ihre eigenen Ich-Ideale ausbildeten. Eine in dieser Hinsicht einzigartige Gelegenheit bot sich Teilen der jungen Generation, als Israel in ihren Augen 1967 an den Palästinensern Unrecht beging. Damit konnte man dem Repräsentanten der Opfer etwas von jener Schuld aufbürden, die auf den Schultern der Eltern lastete und ihre Nachkommen so sichtlich überforderte.

In der Figur der Palästinenser bot sich zugleich ein Objekt der projektiven Identifizierung. Sich an ihre Seite zu stellen war so etwas wie der geheime Garant der eigenen Entlastungsfunktion. Nicht umsonst hatte sich die damalige Neue Linke wie von einem inneren Magnetismus getrieben – als hätte es keine naheliegenderen Herausforderungen gegeben – auf den Nahostkonflikt kapriziert, sich mit den Palästinensern, insbesondere ihrer aggressivsten Organisationen, identifiziert und die Wurzel aller aufgetretenen Probleme bei den Israelis diagnostiziert. So konnten unverarbeitete psychische Probleme zum Motor eines vermeintlich politischen Projekts werden. Beim vielbeschwo- renen Frieden im Nahen Osten dürfte es aus dieser Sicht wohl in erster Linie um den inneren Frieden deutscher Aktivisten gegangen sein.

12 Die latent antisemitische Aufladung bestimmter Formen der Israelkritik

Auch wenn vermutlich keine regelrechte Kasuistik zu der Frage entwickelt werden kann, von welchem Punkt an Israelkritik in Antisemitismus umschlägt, so lassen sich doch einige Gesichtspunkte festhalten, die etwas zur Beantwortung beitragen können.

Erstens. Der Antisemitismus ist ein historisches Phänomen von erheblicher Wandelbarkeit, er stellt ein Chamäleon dar und ist atavistisch und modern zugleich. Das macht seine Schwierigkeit aus, ihn zu definieren. Phänomenologisch betrachtet mutiert er immer wieder aufs Neue und schlüpft in Formen und Gestalten, die seine Tarnung erleichtern.

Zweitens. Die Antisemitismusforschung tut sich nach wie vor schwer, eine Großkategorie zu benennen, unter die er subsumiert und objektiviert werden könnte. Doch er ist weder einfach als "Vorurteil" noch als "Ressentiment" abzutun und mit rassistischen und fremdenfeindlichen Phänomenen auf eine Stufe zu stellen.

Drittens. Die Beurteilung des Antisemitismus nach 1945 kann nicht davon abstrahieren, dass er zuvor in die schlimmste aller denkbaren Konsequenzen geführt hat, seine praktische Umsetzung in die von staatlicher Seite, industriell betriebene systematische Vernichtung der europäischen Juden, das was man in Deutschland erst relativ spät mit einem eigenen Namen versehen und entweder als Holocaust oder als Shoah zu bezeichnen begonnen hat.

Viertens. In der Nachkriegszeit war der Antisemitismus von den Westmächten, insbesondere dem Hochkommissariat der USA, mit einem Tabu belegt. Wer in der Bundesrepublik antisemitisch auftrat, der musste damit rechnen, angeprangert und womöglich strafrechtlich verfolgt zu werden. Um sich dem zu entziehen, sind damals bereits Semantiken entwickelt worden, mit denen die jüdenfeindlichen Affekte implizit weiter verfolgt werden konnten.

Fünftens. Dieser verbreiteten Praxis hat die Forschung mit dem Begriff des sekundären Antisemitismus Rechnung zu tragen versucht. Adorno sprach im selben Zusammenhang von einem Schuldabwehrantisemitismus.⁴³ Danach tritt die Judenfeindlichkeit häufig nicht explizit, sondern in einer getarnten, zuweilen auch in einer vergleichsweise subtilen Form auf. Die am weitesten verbreiteten Versionen sind die Zionismus- und die Israelkritik.

Sechstens. Die Enttarnung des zeitgenössischen Antisemitismus ist schwieriger geworden als er noch vor 1933 war. Nur sehr selten sind noch ganz unmissverständliche Parolen wie "Juden raus" zu hören. Das aber macht die Kritik wie die Abwehr zu einer hermeneutischen Angelegenheit, zu einer Sache der Interpretation.

Siebtens. Die Kritik am Staat Israel ist nicht per se Ausdruck einer antisemitischen Haltung. Sie wird es erst durch Entkonkretisierung und Generalisierung.

⁴³ Vgl. Theodor W. Adorno, Schuld und Abwehr. Eine qualitative Analyse zum Gruppenexperiment [1955], in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. 9.2, Frankfurt am Main 1997, S. 121-324.

Achtens. Die Kritik am Zionismus tendiert dagegen von vornherein dazu, eine nur wenig kaschierte Form des Antisemitismus zu manifestieren, weil sie darauf ausgerichtet ist, die Existenzberechtigung Israels in Abrede zu stellen.